



PM 045/07  
30.05.07

## Sozialbericht 2007 in Bochum vorgestellt

**NRW-Sozialminister Karl-Josef Laumann  
und der Vorsitzende des DGB-Bezirk NRW, Guntram Schneider:  
„Eine sozialpolitische Diskussion im ganzen Land muss her!“**

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen und der DGB-Bezirk NRW teilen mit:

„Sozialpolitik muss man richtig machen. Wir werden uns nicht auf statistische Datenerhebungen zur Armut beschränken. Wir wollen eine sozialpolitische Diskussion im ganzen Land. Deshalb wird es bis zum Ende des Jahres in jedem Regierungsbezirk Regionalkonferenzen geben, zu der alle sozialpolitisch Verantwortlichen der Region eingeladen werden. Die heutige Veranstaltung in Bochum bildet dabei den Auftakt“, sagte heute (30. Mai) der nordrhein-westfälische Sozialminister Karl-Josef **Laumann**. Im Gewerkschaftshaus „Jahrhunderthaus“ diskutieren rund 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Sozialbericht 2007, der Anfang des Monats von der Landesregierung vorgestellt wurde. Der Bericht dient als Planungsgrundlage zur zielgenauen Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung.

„Das Armutsrisiko hat sich in NRW seit 2000 (13,7 %) nur wenig erhöht, es lag fünf Jahre später bei 14,3 Prozent. Leider hat sich aber die Situation bestimmter Personengruppen wie z.B. von Kindern, Alleinerziehenden, Migranten sowie Langzeitarbeitslosen verschlechtert“, betonte **Laumann** auf der Fachveranstaltung, gemeinsam organisiert vom Sozialministerium und dem DGB-Bezirk NRW. Als einkommensarm gelten Personen, deren Pro-Kopf-Einkommen weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens der Gesamtbevölkerung in NRW beträgt (2005: 1.229 Euro), also rund 615 Euro. „Rund 2,57 Millionen Menschen in NRW sind einkommensarm. Zirka 815.000 Kinder und Jugendliche sowie rund 1,75 Millionen Erwachsene leben in einkommensarmen Haushalten“, sagte **Laumann**. Aus Sicht des DGB-Bezirk NRW hat sich infolge der verfestigten Massenarbeitslosigkeit Armut in den letzten 30 Jahren immer weiter in die Gesellschaft ausgedehnt.



Postfach 10 19 55  
40010 Düsseldorf

Friedrich-Ebert-str. 34-38  
40120 Düsseldorf

Telefon 0211-3683-119  
Telefax 0211-3683-160  
Internet: [www.nrw.dgb.de](http://www.nrw.dgb.de)

Dazu Guntram **Schneider**: „Stand am Anfang die „neue Armut“ von Randgruppen, wurde dann die Armut von Menschen ohne Erwerbsarbeit brisant, so breitet sich derzeit die „Armut trotz Erwerbsarbeit“ aus.“

„Wir werden die guten Maßnahmen und Programme der Landesregierung stärker auf benachteiligte Personengruppen ausrichten“, betonte **Laumann**. „Je höher der Bildungsabschluss, desto geringer die Armutsgefährdung. Deshalb bringt die jetzige Landesregierung das Schulsystem auf Vordermann.“ Darüber hinaus finanziert das Arbeitsministerium rund 4.800 jungen Menschen eine Ausbildung. „Eine gute schulische Ausbildung und ein abgeschlossener Beruf stellen effektive Armutsbekämpfung in jungen Jahren dar“, stellte Minister **Laumann** klar. Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. „Deshalb will die Landesregierung bis 2010 das Platzangebot für Unter-Dreijährige von derzeit etwa 2,8 auf 20 Prozent ausbauen“, sagte **Laumann**, „so wird Familienarbeit besser mit Erwerbsarbeit kombinierbar.“ Gleichzeitig haben Ministerpräsident **Rüttgers** und Minister **Laumann** im Zuge der ALG-II-Diskussion im Unionslager durchgesetzt, dass kein Elternteil trotz Erwerbsarbeit wegen Kindern ins ALG II abrutschen darf.

Positiv sei die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Innerhalb eines Jahres ist die Arbeitslosenzahl von über einer Million auf jetzt rund 892.000 Menschen zurückgegangen. Trotzdem: „Bei mehr als jedem sechsten Vollzeit-Alleinverdiener mit minderjährigen Kindern reicht das Einkommen nicht aus, um dem Armutsrisiko zu entgehen“, betonte Guntram **Schneider**, DGB-Vorsitzender NRW. Weil die Beschäftigten Sicherheit vor sittenwidrigen Löhnen brauchen, hat Minister **Laumann** die Tarifverträge im Wach- und Sicherheitsgewerbe und im Hotel- und Gaststättengewerbe für allgemeinverbindlich erklärt. Damit sind über 200.000 Beschäftigte in NRW nicht noch mehr von Armut bedroht.

Befristete Beschäftigungen und Teilzeitarbeit gewinnen auf dem Arbeitsmarkt weiterhin an Bedeutung. „Diese Erwerbsformen sind nicht pauschal mit unsicherer Erwerbsbeteiligung gleichzusetzen. So stellt Teilzeitarbeit für viele Frauen eine bewusste Erwerbsstrategie dar, um Beruf und Familie zu vereinbaren“, sagte **Laumann**. Man müsse aber stärker darüber nachdenken, wie man „Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und Sicherheit in Einklang bringen kann“.

„Wir werden nicht auf den nächsten Sozialbericht warten und zwischenzeitlich die ‚Hände in den Schoß‘ legen, sondern gemeinsam die Armut bekämpfen“, lautet die gemeinsame Absicht vom Minister **Laumann** und dem DGB-Vorsitzenden Guntram **Schneider**.

**Hinweis für die Redaktionen:** Den aktuellen Sozialbericht finden Sie auf der Homepage [www.mags.nrw.de](http://www.mags.nrw.de)